

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

3 (4.1.1921) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

**Bezugspreis:**  
Karlsruhe frei ins Haus  
abonniert monatlich 5.50 M.,  
in den Ausgabestellen ab-  
onniert monatlich 5.10 M.,  
auswärts durch unsere  
Agenturen bezogen 5.50 M.,  
monatlich durch den Brief-  
träger frei ins Haus gebracht  
monatlich 5.65 M., viertel-  
jährlich 16.95 M.

**Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle**  
Mitterstraße 1.

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

**Badische Morgenpost**

**Anzeigen:**  
die Rhein-Donau-Verkehrs-  
oder den Raum 1.40 M.,  
1.40 M., biswärts 1.60 M.,  
Reklameseite 5.— M., an  
erster Stelle 5.50 M.,  
Abend nach Zeit-  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen spätestens  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanschlüsse:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894  
Samstagsblätter Nr. 277

Geschäftsführer: Hermann v. Saer. Verantwortlich für Politik: Martin Goldinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Karl Joho und Hermann Weid; für Inserate: Heinrich Schreiber. Druck und Verlag: G. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seitz, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telefonamt Wlad 2992. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 3.

Dienstag, den 4. Januar 1921

Erstes Blatt

## Oberschlesien.

Die Bedeutung Oberschlesiens für die deutsche Zukunft kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Wer das selbst heute noch nicht begreift, dem ist der Krieg ein schlechter Lehrmeister gewesen.

Oswald Spengler.

## Ueber den Neckar-Donau-Kanal.

Von Dr. Werner Teubert, Potsdam.

II.

In einem vorhergehenden Aufsatz wurde über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Donau-Main-Kanals gesprochen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Neckarwasserstraße von Mannheim bis Plochingen läßt sich mit der eines Ausbaues des Main oberhalb Aschaffenburg vergleichen. Im Gegensatz zu den norddeutschen Kanalplänen liegt auch für das Neckarprojekt der Schwerpunkt seiner Wirtschaftlichkeit in dem Ausbau der Wasserkräfte. Man rechnet damit, daß der Erlös der zu gewinnenden Wasserkräfte nicht nur die gesamten Baukosten der Wasserstraße vermindert und tilgt, sondern auch noch einen Teil der Betriebskosten decken wird, so daß zur Finanzierung des Unternehmens nur sehr geringe Schiffahrtsabgaben vom Verkehr erhoben zu werden brauchen. Insofern kann man dem Großschiffahrtsweg Mannheim-Plochingen etwa die gleiche Bedeutung beimessen wie dem Kanal Aschaffenburg-Nürnberg. Werden aber die Vorteile des Wasserwegs für den Verkehr bei dem Main durch die gewaltigen Umwege des Flußlaufs auf einen gewissen Umfang beschränkt, so bietet der Neckar den Vorteil, daß er ein besonders industriereiches Gebiet erschließt. Nicht nur die zahlreichen Neckarstädte, sondern ganz Württemberg wird aus dem Anblick an den neuen Wasserweg Nutzen ziehen, in seiner Entwicklung ernstlich gefördert werden, und bedeutende Umschlagplätze am Neckar werden für Handel, Expedition und Schiffahrt ein weites Feld der Tätigkeit bieten. Man kann damit rechnen, daß der Neckar etwa doppelt so viel Verkehr erduldet wird als der Main; auch wird der volkswirtschaftliche Nutzen, d. h. die Frachtersparnisse, die den am Verkehr Beteiligten erwachsen, und bei der Verzinsung des Unternehmens, voraussichtlich beim Neckar, höher sein. Der Vorteil, daß man mit sehr geringen Schiffahrtsabgaben wird auskommen können, wird nicht nur bestehenden Eisenbahnverkehr dem Neckar zuführen, sondern auch neue Handelsbeziehungen ermöglichen und damit neuen Verkehr für den Neckar und Rhein wie für die Eisenbahnen schaffen.

Verkehrsvermittlungsfähige Untersuchungen auf Grund des Verkehrs im Jahre 1913 haben ergeben, daß über die Hälfte des Neckarverkehrs auf die Kohlenversorgung vom Ruhrgebiet entfallen wird. Bedeutend wird ferner die Zufuhr von Getreide aus den Gebieten und von Eisen aus dem Ruhrgebiet sein. Teilweise werden die Schiffe vor allem Salz aus Heilbrunn und Jagstfeld sowie Bau- und Nutzholz, besonders aus den Boralen, zum Niederrhein bringen. Der Nutzen des Wasserwegs wird nicht nur Baden und Württemberg, sondern auch in erheblichem Maße Bayern zugute kommen. Dementprechend wird Plochingen als Endpunkt des Großschiffahrtswegs den bedeutendsten Verkehr erhalten. Nächste Plochingen kann naturgemäß der Hafen von Stuttgart den größten Verkehr erwarten; aber auch die übrigen Neckarplätze, besonders Heilbrunn und Heidelberg, werden viel durch die Wasserstraße gewinnen.

Wichtig sind die Einwirkungen der Neckarwasserstraße auf Bayerns Verkehrs- und Wirtschaftsleben. Einerseits ist zu erwähnen, daß die bayerischen Kanalpläne durch den Ausbau von Mannheim bis Plochingen nicht gefährdet werden, denn der Verkehr, der auf der Strecke Aschaffenburg-Nürnberg erwartet werden kann, wird durch den Wettbewerb des Neckars nur unwesentlich an Umfang einbüßen. Südbayern, vor allem Schwaben und das Allgäu, müssen durch den Neckar eine Verbesserung ihrer unangünstigen verkehrsgeographischen Lage erfahren. München und Augsburg mit ihren großen Bezügen an Rohstoffe, ferner an Eisen und Getreide, werden tariflich etwas günstiger zum Neckar als zum Main liegen. Jedoch wird es durch entsprechende Abgabenpolitik des Reichs auf Neckar und Main leicht möglich sein, falls erforderlich, einen Teil dieses Verkehrs auch dem Main zuzuleiten. Ein Teil Südbayerns wird aber, auch in der Zukunft, allein durch den Neckar Anschluß an einen Großschiffahrtsweg finden, und selbst dann, wenn Nürnberg dazu durch einen Kanal mit der Donau verbunden werden würde. Es würde daher auch der Plan eines Donau-Main-Kanals, falls seine Umwirkbarkeit an sich erwiesen ist, dadurch nicht unwirtschaftlich werden, daß der Neckarausbau erfolgt. Neckar- und Mainwasserstraße sind nebeneinander geeignet, sich zu ergänzen in der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Südbayerns.

Die Bedeutung der Neckarwasserstraße würde noch erhöht werden, wenn die gegenwärtigen Bestrebungen Erfolge haben, daß der Ausbau des

Kanals über Plochingen hinaus über Göppingen bis Geislingen fortgeführt wird. Dies würde besonders auch für Südbayern erhöhte Frachtersparnisse bedeuten, so daß dieser Plan besonders auch von den Städten Augsburg und München befürwortet werden müßte. Nun wird in Bayern neben der Wasserstraße Aschaffenburg-Nürnberg auch der Ausbau der Donau von Passau bis Kelheim geplant, der ebenfalls allein durch den Gewinn von Wasserkräften wirtschaftlich wird. Die neuen bayerischen Pläne zielen ferner dahin, auch die Donau oberhalb Kelheim bis Passau für Schiffe von 1200 Tonnen Tragfähigkeit fahrbar zu machen. Auch der Erlös, den die an den Staustufen dieser Strecke auszubauenden Wasserkräfte erwarten lassen, soll

zur Finanzierung dieses Unternehmens genügen. Demnach kann nicht bezweifelt werden, daß die Baukosten für die zahlreichen Schiffschleusen, die auf diese Strecke erforderlich werden, durch den Umfang des Wasserstraßenverkehrs nicht gerechtfertigt werden können, wenn nicht auch eine Kanalverbindung zwischen Ulm und Geislingen erfolgt. Dann erst ist ein bedeutender Donauverkehr oberhalb Kelheim zu erwarten. Die Strecke Geislingen-Ulm ist nur kurz, zu ihrer Vollendung, der Ueberquerung der schwäbischen Alb, sind aber große technische Schwierigkeiten zu überwinden. Werden sie überwunden, dann wäre die wichtige Frage zu lösen, ob die längere Strecke Nürnberg-Kelheim oder die kürzere Geislingen-Ulm in politischer, technischer und wirtschaft-

licher Beziehung zur Vollendung eines Rhein-Donau-Kanals den Vorzug verdient.

Manche Gründe sprächen für einen Neckar-Donau-Kanal, der sowohl in wirtschaftlicher Weise den Ausbau der Wasserkräfte der oberen Donau ermöglichte als auch wohl den größeren Verkehr zu erwarten hätte. Von einem solchen Kanal würden Württemberg und Baden, insbesondere auch Mannheims Handel, erheblichen Nutzen haben. Er würde zugleich einen gewissen Ausgleich bilden gegenüber Frankreichs Plänen am Oberrhein und insofern auch Vorteile für die Schweiz bedeuten. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß ein solcher Kanal auch den bayerischen Wünschen entgegenkommen würde, da er ganz Südbayern erschließen, während Nordbayerns Verkehrsbedürfnisse durch den Kanal Aschaffenburg-Nürnberg befriedigt würden. Etwas bei einer solchen Lösung doch von Bayern befürchtete Nachteile könnten durch die Abgabenpolitik ausgeglichen werden, zusammen mit der Eisenbahntarifpolitik, deren Zusammenarbeiten ja als ein Hauptvorbehalt der Schaffung des Neckarverkehrsministeriums erhofft werden muß. Da es sich im übrigen um Reichswasserstraßen handelt, dürfte dabei nur wenig ins Gewicht fallen, ob der Durchgangsverkehr zwischen Rhein und Donau sich auf einer längeren oder kürzeren Strecke durch Bayern bewegen wird.

Falls man sich in Zukunft für den Neckar-Donau-Kanal entscheiden sollte, wäre auch damit der Bau eines Donau-Main-Kanals noch nicht unmöglich gemacht; ins besondere nicht, wenn sich der Plan verwirklicht, Main und Berra durch einen Kanal zu verbinden, um damit vor allem den deutschen Verkehrsinteressen ihr Hinterland zu erhalten und sie im Wettbewerb gegen die Rhein-Schiffahrt zu stärken. Ehe ein Kanal von Rhein zur Donau beschlossen wird, erscheint es nötig abzuwarten, welchen Einfluß die Entente auf das deutsche Verkehrsleben gewinnt, in welchem Umfang sich Deutschlands Nutzen, besonders Uebersehhandel, entwickelt, wie weit auf die Bodenschätze Südbayerns, besonders die Erzlager in Bayern und Württemberg, bei der Rohstoffversorgung zurückgegriffen wird und wie sich unsere Beziehungen zu den übrigen Donauländern gestalten. Auch ist kaum schon zu überlegen, in welchem Umfang der großartige Ausbau der Wasserkräfte in ganz Südbayern durch neuer Bewegung von Wassengütern führen wird, der naturgemäß ein gewisser Rückgang der Kohlenförderung zu Wasser gegenüberüber wird. Jedenfalls aber erscheint es dringendes Gebot, die Wasserstraßen Aschaffenburg-Nürnberg und Mannheim-Plochingen über Geislingen im Hinblick auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft und Finanzwirtschaft von großer, zweifelsfreier Bedeutung sind. Daneben aber ist es erwünscht, die Frage der Bauwürdigkeit eines Rhein-Donau-Kanals und die Wahl von Main- oder Neckarlinie weiter zu klären. Dabei wäre es erfreulich, wenn es dazu käme, daß die beteiligten Kreise Bayerns und der übrigen süddeutschen Staaten nicht weiterhin gegeneinander, sondern miteinander gingen.

## Behnmann Hollweg.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns zugehrt:

Der plötzliche Tod des früheren Reichskanzlers von Behnmann Hollweg wurde in Berlin erst gestern vormittag bekannt. Die Nachricht rief überall aufrichtige Teilnahme hervor, außer in jenen Kreisen, die ihren alten Zorn gegen die von dem Kriegskanzler befolgte Politik auch jetzt nicht verhehlen. Gerechtere Beurteilung wird der Staatsmann Behnmann Hollweg wohl in einer späteren Zeit finden, wenn die furchtbare Erregung und die übrigen Gegenstände der französischen Gegenwart überwunden sein werden. Unbedingt muß man aber die geistige Kultur und die starke menschliche Persönlichkeit des fünften Reichskanzlers auch heute schon anerkennen.

Behnmann Hollwegs große Schuld gegenüber dem deutschen Volke wie gegenüber der Welt war, daß er nicht freiwillig zurücktrat, als er im Angesicht des dem großen Hauptquartier einen günstigen Ausgang des Krieges nicht mehr für möglich hielt. Eine restlose Erklärung seines Scheiterns ist freilich, da er nicht aus persönlichen Gründen an seinem Ministerposten festhielt, noch nicht gefunden. Das Wahrscheinliche bleibt, daß die alte preussische Pflichtenethik, von seinem Posten nicht zu weichen, doch das härteste Motiv gewesen ist. Er selbst hat dazu wohl auch betont, er wolle den Willkür nicht die Bahn ganz frei geben, die seiner Ueberzeugung nach zum Unheil führen mußte.

Behnmann Hollweg war der Typ eines hochkultivierten Beamten, der großen Entscheidungen aus dem Wege ging, weil er diese als unkorrekt empfand, und vor allem, weil er sich ihnen nicht gewachsen fühlte.

## Beileidskundgebungen.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 3. Jan. Der Reichspräsident hat an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers von Behnmann Hollweg folgendes Telegramm gerichtet:

Mit dem Gefühl lebhafter Trauer erhalte ich frohen die Nachricht von dem unerwarteten Ableben Ihres Vaters mit sehr geschätzten Vater, und ich bitte Sie und Ihre Angehörigen, die Versicherung meiner aufrichtigen und herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen.

Reichspräsident Ebert.

Der Reichskanzler hat an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers von Behnmann Hollweg folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

Die unerwartete Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters hat mich auf das Schmerzlichste getroffen. In dem Verstorbenen habe ich einen Mann von ausgesprochenen Eigenschaften verehrt, der sein ganzes Denken und Wirken in längerer amtlicher Laufbahn seinem Volke gewidmet hat. Ihnen und den Ihren möge es zum Troste dienen, daß Alle, die Ihrem Herrn Vater nahestanden und einen Einblick in seine staatsmännische Tätigkeit gewonnen haben, sein Andenken ungetrübt durch Parteimeinungen in hohen Ehren halten.

Fehrenbach.

## Pariser Pressestimmen.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Paris, 3. Jan. Das „Echo de Paris“ schreibt: Je öfter man die Karriere Behnmann Hollwegs an den Augen vorüberziehen läßt, desto mehr neigt man zu der Auffassung, daß er weder im Kriege noch im Frieden es verstanden hat, auf ein Ziel hinzuarbeiten. Er hat auch nicht begriffen, daß die wirtschaftlichen Fortschritte Deutschlands und der Bau seiner großen Flotte in London Widerspruch gefunden hatten.

Das Pariser „Journal“ schreibt: Dieser Mann, der die schwersten Strafen verdiente, ist nun ruhig in seinem Bette gestorben. Er wird ewig weiter leben, verankert in der Geschichte der Menschheit. (Der fanatische Haß der Franzosen schweigt selbst nicht vor einem Toten. Die Red.)

## „Das Mögliche ist geschehen“.

Deutsche Antwortnote.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 3. Jan. In der am 31. Dezember dem deutschen Botschafter in Paris überreichten französischen Note wird eine Reihe von Punkten aufgezählt, in denen Deutschland gegen den Versailles-Vertrag und das Abkommen von Spaa verstößt haben soll. Die deutsche Antwort auf diese Note ist der französischen Botschaft in Berlin überreicht worden. Darin wird auf den Punkt nachgewiesen, daß entweder entgegen den Angaben der französischen Note Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat, oder aber, daß in einzelnen Punkten die genaue Erfüllung nicht möglich gewesen sei. Am Schluß der deutschen Note heißt es: Gegenüber den von der Kontrollkommission hervorgerufenen Fällen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spaa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung des Protokolls geleistet wurde. Die deutsche Regierung wird mit allen Kräften bemüht sein, den Uebernahmeverpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, das die alliierten Regierungen mit dem Vertrag von Versailles verfolgten, ist tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spaa Unmögliches von Deutschland verlangt werden soll. Die buchstäbliche Erfüllung war unmöglich. Das Mögliche ist geschehen. Wenn Frankreich in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Zusage von Spaa nicht strikte erfüllt worden sei, so erinnert die deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten geprüft wird, ob sie loyal den Bestimmungen nachkommt. Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.

## Eine neue Entente-Note.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 3. Jan. Der deutsche Friedensdelegation in Paris ist als Antwort auf die Note vom 4. Dezember, worin die deutsche Regierung sich gegen die Entscheidung der interalliierten Militär-Kontrollkommission über die Werke und Bekleidung der Plätze wendet, die Deutschland nach Art. 196 des Vertrages von Versailles an der Nordseeküste unterhalten darf, am 31. Dezember eine Note der Botschafterkonferenz zugegangen, die zu folgendem Schluß kommt: Die Konferenz hat beschlossen, die Entscheidungen der Kontrollkommission unverändert aufrechtzuerhalten. Die alliierten Mächte erwarten, daß unter diesen Umständen die deutsche Regierung sich nicht länger den Ausführungen einer Entscheidung widersetzen wird, die nur die genaue Anwendung einer der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages darstellt.

Dazu bemerkt W. T. B. u. a.: In ihrer Note vom 4. Dezember kann die deutsche Regierung sich auf den Wortlaut des Artikels 196 des Friedensvertrages berufen, wonach alle besetzten Werke und Anlagen und festen Stützpunkte der Nordseeküste als zur Verteidigung bestimmt gelten und in dem gegenwärtigen Zustand, dem Zustand am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages bleiben dürfen. Da die interalliierte militärische Kontrollkommission in der Beweglichkeit einzelner Geschütze den Grund der Abarmierung zu sehen müssen glaubt, hatte sich die deutsche Regierung überdies bereit erklärt, einzelne Geschütze fest einzubauen und dadurch diesen Grund der Abarmierung zu beseitigen.

## Das irische Problem.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Paris, 3. Jan. Wie der „Daily Mail“ aus Neuport gemeldet wird, sind die sämtlichen, in den Vereinigten Staaten befindlichen Irländer im Begriff, nach Irland abzureisen, teils sind sie unterwegs dorthin. „New York World“ äußert die Vermutung, daß in Gegenwart De Valera eine Sitzung des irischen Parlaments abgehalten werden soll, in der hochwichtige Fragen im Zusammenhang mit der angeführten Politik der Sinnfeiner beraten werden sollen.

\*) Siehe Nr. 1 (Samstag, den 1. Januar 1921) des „Karlsruher Tagblatts“.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

die sich in das Land dank seinen sozialistischen und clerikalen Zeitungen besonders tief eingefressen hat, ist im neuen Österreich gänzlich gegenstandslos, während sie sich in der Schweiz vor dem tüchtigen Mittelstand hätte beugen müssen. Auf diese Art sind der schweizerischen Partei nahezu alle Gründe ihrer Agitation verloren gegangen, und wenn es auf Anordnung des Völkervertrages neuerlich zu einer Abstimmung gekommen wäre, so hätten die Gegner es leicht gehabt, Zug um Zug alle ursprünglichen Versprechungen der Kantonsmänner als nichtig oder überholt zu erweisen, und es hätte leicht ein für die Schweiz peinliches Ergebnis die Folge sein können. Die Großdeutschen waren für den Kampf wohl gerüstet, haben aber in der Voraussicht abgewartet, daß die Schweizerpartei ihre Niederlage ohnehin von außen beziehen werde. Denn es war von vornherein selbstverständlich, daß Frankreich nicht um Vorarlbergs willen seine Friedensverträge der Revision preisgeben und durch eine erste Nachgiebigkeit das Signal zur Wiederaufrichtung einer Menge glücklicher „gelöster“ Fragen geben werde.

Zunehmend hat sich auch für die „schwäbische“ Partei in Vorarlberg das Bild der Lage gewandelt, da der Eintritt Österreichs in den Ententevölkerbund den Kernpunkt ihres Programms auf das schärfste gefährdet. Man war Zeuge des prächtigen Kampfes der neutral gebliebenen Schweizer gegen die Aufrichtung des Ententejoches auf ihrem freien Boden und man hat, als eine knappe Mehrheit der Eidgenossenschaft die Aufgabe der Neutralität beschloß, in Vorarlberg große Worte gesprochen, daß man nun glücklich der Schande entgangen sei, Mitglied der Entente werden zu müssen, was in der Eidgenossenschaft unter Völkern gemein wäre. Und nun sind wir selbst dem Beispiel gefolgt, nur zum Unterschied von der Schweiz ohne Widerstreben und sogar ohne jede Aufregung im Staat und im Lande. Vor einigen Wochen noch verpflichtete sich im Wahlkampf fast jeder Wahlwerber auf die Lösung des Anschlusses an das Reich und heute liegt bereits die Verpflichtung auf Österreich, bei einem Zwist der Entente mit Deutschland an seiner Spitze mitzuwirken und sogar jeden persönlichen Verkehr seiner Bürger mit Bürgern des Reichs zu verhindern. Es fehlt in Österreich ganz offensichtlich jedes Gefühl für das Schwächliche, was es getan und auf sich geladen hat. Ueber die Schweiz konnte man sich aufregen, bei sich selbst findet man es ganz natürlich, daß man sich im erhofften und zu eröffnenden Krediten der Bürgern Deutschlands verkauft. Unter diesen Umständen ist es klarer als je, daß Reden und Programme in Österreich und in seinen einzelnen Ländern die großdeutsche Sache nicht zum Ziele bringen können. Es müssen uns schon große Ereignisse helfen.

**Österreich als reichsdeutsches Siedlungsgebiet.**

Aus Wien erhalten wir von einer an führender Stelle des Wirtschaftslebens stehenden Persönlichkeit folgende sehr beachtliche Zuschrift:

Rechtlich später als die anderen europäischen Staaten ist das Deutsche Reich in den Besitz von Kolonien gelangt; der Volksüberschuß mußte in fremdes Land abwandern, wo er fast ausnahmslos dem Volk verloren ging. Nun hat der „Friedensvertrag“ von Versailles dem Reich zusammen mit allen Kolonien die Möglichkeit geraubt, seinen Söhnen, die im Mutterlande nicht mehr Platz finden, auf eigenem Gebiete eine neue Heimat zu bieten. Waren es nur Haß und Rachsucht, die dieser Bestimmung in den Friedensvertrag Aufnahme schafften, oder hoffen unsere Gegner, durch Fortnahme der Kolonien und gleichzeitige Sperrung gegen die Einwanderung der „Barbaren“ und „Bohes“ in Deutschland Verhältnisse zu erreichen, die zu weiteren sozia-

len Krisen führen müssen, um das Land nicht zur Ruhe, nicht zum Aufbau kommen zu lassen? Ohne eigene Kolonien, in den Ueberseebereichen der ehemaligen Feinde an verschlossene Türen pochend, sieht sich Deutschland gezwungen, dem Drängen seiner überschüssigen Volkskraft neues Siedlungsgebiet zu eröffnen.

Dieses neue Siedlungsgebiet aber könnte Österreich werden. Wenn sein Umfang auch nur gering ist — der fürchterliche Aderlaß des Weltkrieges hat die Größe des deutschen Volksüberschusses auf Jahre hinaus vermindert, so daß Österreich für die nächste Zukunft groß genug wäre, um ihn aufzunehmen.

Die Deutschen Österreichs — man soll das immer wieder betonen — haben in dem blutigen Ringen viel größere Einbußen erlitten als die anderen Völker der Doppelmonarchie, sie haben die Truppen gerade für die vorläufigsten Kriegstaten stellen müssen, deutsch-österreichische Regimenter haben die Rückzüge gebildet, nur sie wurden eingesetzt, wenn es die schwersten Zielungen zu nehmen galt.

Während in Deutschland die Verluste durch das Zurückdrängen von Volksgenossen, die früher im Ausland oder in den Kolonien waren, teilweise wettgemacht werden, hat der Aderlaß und Landwirtschaf treibende Teil der österreichischen Bevölkerung keinen Ersatz für die Tausende von Männern, die auf den Schlachtfeldern blieben oder in der Gefangenschaft starben. Die österreichische Landwirtschaft aber braucht Kräfte, und Deutsche sollen es sein, die ihr zu Hilfe kommen, nicht slawische Tagelöhner aus dem Neuausland.

Österreich hat bei einer Gesamtflächenausdehnung von 80.000 Quadratkilometern einschließlich Wien 6,5 Millionen Einwohner; das Deutsche Reich auf 470.000 Quadratkilometern 60 Millionen. In Deutschland leben also auf dem Quadratkilometer 128, in Österreich nur 81 Menschen. In der Schweiz, einem reinen Gebirgsland, kommen 92 Menschen auf den Quadratkilometer, eine Bevölkerungsdichte, die auch in Österreich unbedingt möglich wäre. Ohne Wien, das für eine Besiedlung selbstverständlich nicht in Frage kommt, hätten also im übrigen Österreich noch 2 Millionen Menschen Platz, wollten wir auf die Bevölkerungsdichte der Schweiz kommen. Österreich könnte ferner viele der durch den Zerfall der alten Monarchie in Teile zerplitterten industriellen Unternehmungen, die einst über die ganze Monarchie verstreut waren, und von denen vielfach nur ein kaum noch lebensfähiger Rest im Lande zurückblieb, wieder auf- und ausbauen, denn mit dem Ergänzungsamt ging in der Regel auch das geschulte Arbeiterpersonal verloren.

Wenn es vielleicht auch den Siegern noch durch einige Jahre gelingen wird, den staatlichen Zusammenstoß Österreichs und Deutschlands zu hindern, das natürliche Abströmen des Ueberflusses des einen Volksteils zu dem aufnahmefähigen und aufnahmehungrigen werden sie nicht verhindern können. „Selbständig“, aber nicht lebensfähig, der wirtschaftlichen Herrschaft seiner Nachbarn ausgeliefert, muß sich Österreich als natürliches Hilfsmittel, als Selbstschutz, als eine Art Aufsehung gegen den von der Entente verordneten Hunger und über lebensfähiges Völkertum, wirtschaftlich an das Deutsche Reich anzuschließen. Österreich darf von der Gewährung einer gastlichen Stätte für den deutschen „Ver sacrum“ viel hoffen; vereinter Fleiß und Tüchtigkeit werden unsere Wirtschaft heben und uns einer besseren Zukunft, der Wiederaufrichtung, der Einigung entgegenführen.

**Deutsch-österreichische Neujahrsgriße.**

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 3. Jan. Der österreichische Bundespräsident Hainisch hat unter dem 31. Dezember 1920 an den Reichspräsidenten Ebert nachstehendes Telegramm gerichtet:

In dankbarer Erinnerung an die auch im abgelaufenen Jahre bewiesene feste Hilfs-

bereitschaft und Teilnahme unserer Stammesgenossen im Deutschen Reich bitte ich Sie, Herr Präsident, meine aufrichtigen und besten Wünsche für Ihr Wohlergehen und für Deutschlands Wohl aus Anlaß des Jahreswechsels entgegenzunehmen.

Reichspräsident Ebert sandte am 1. Januar folgendes Antworttelegramm:

An den Herrn Bundespräsidenten Hainisch: Mit herzlichem Danke für die freundlichen Worte und Wünsche, die Sie mir aus Anlaß des Jahreswechsels für Deutschlands Wohl haben übermitteln lassen, bitte ich Sie, auch meine aufrichtigen Glückwünsche für Österreichs Wiederaufstieg und Ihr persönliches Wohlergehen entgegenzunehmen zu wollen. Gemeinschaftliches Schicksal und Erleben in schweren Kriegsjahren, gemeinsame Not und gemeinsames Streben nach Gesundung und Festigung haben in den letzten Jahren die alten Bande der Zusammengehörigkeit Österreichs und Deutschlands immer fester geknüpft. Möge die Zukunft unseren Hoffnungen Erfüllung bringen.

**Die Entwaffnung.**

Jochs Bericht.

W. Paris, 3. Jan. Der „Temps“ meldet: Der Bericht des Marshalls Foch wird jetzt von den alliierten Regierungen einer Prüfung unterzogen. Er teilt mit, daß bisher vernichtet wurden 41.000 Kanonen, unter Hinzurechnung der Ersatzrohre 70.000 Kanonen, 160.000 Maschinengewehre, nicht Erkaläufe, 2.800.000 Handfeuerwaffen, 25.000 Flugzeugmotoren, 16.000 Flugzeuge. Die Fälle der Nichterfüllung des Friedensvertrages und des Uebereinkommens von Spaa erstrecken sich insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren in Bayern und D. Preußen, auf die ungenügende Zerstörung der Festungsartillerie an den Ost- und Südgrenzen von Deutschland, sowie auch die Organisation der Sicherheitspolizei. Der „Temps“ fügt hinzu, daß die französische Regierung vor Ablehnung ihrer Note den Alliierten davon Kenntnis gegeben habe.

**Die Entente duldet keine deutsche Luftpolizei.**

W. Berlin, 3. Jan. Die Vorkonferenz hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärte, an der Absicht festhalten zu müssen, das eine Ausbattung der Polizei mit Luftfahrzeugen weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Abmachung von Spaa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Fraoe nur in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann. Das Bestehen einer Luftpolizei ist offenbar im Widerspruch zu Art. 198 des Vertrages und die Bildung von Ausbildungsgeschwadern für die Polizei würde dem Abf. 3 des Art. 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erteilung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen hat und die von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen. Eine Ausbattung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz steht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzunehmen.

**Bestimmung in London.**

London, 3. Jan. „Daily Telegraph“ stellt fest, daß in manchen Kreisen Londons ein gewisser Unmut darüber herrsche, daß die Note über die Sicherheitspolizei ohne vorherige Beratung mit den alliierten Regierungen abgesandt worden sei, obgleich sie

doch zweifellos politische Bedeutung habe. Nicht einmal eine Abschrift sei bis gestern in London eingetroffen.

Paris, 3. Jan. In einem Davos-Telegramm aus London wird festgestellt, daß der französische Vorkonferenz gestern der englischen Regierung den Text der letzten Note über die Entwaffnung mitgeteilt habe. Die englische Regierung erwarte nunmehr noch den Bericht des Marshalls Foch. Die Angelegenheit werde jedenfalls zu Beginn der Woche erneut vom Ministerrat geprüft werden.

**Auswärtige Staaten.**

**Russland und England.**

W. Paris, 3. Jan. Nach einer Londoner Meldung des „Journal“ ist es sicher, daß in rassem Ende dieser Woche London verlassen werde, um mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Er wird dann den endgültigen Friedensvertrag mit England in Moskau vorlegen. Bis jetzt sei noch keine befriedigende Formel gefunden, um das russische Gold, das nach England gebracht werden soll, vor der Beschlagnahme zu schützen.

**Irland.**

W. London, 3. Jan. Die Militärbehörden in Cork haben infolge der verschiedenen Angriffe in der Gegend von Midleton in der Grafschaft Cork mitgeteilt, daß gewisse Häuser in der Gegend, wo die Angriffe stattgefunden haben, mit allen Möbeln verbrannt werden würden. Diese Absicht wurde am 1. Januar nachmittags ausgeführt. Den Bewohnern wurde eine Stunde Zeit gelassen, um ihre Habeinrichtungen zu retten. Die Möbel durften sie aber nicht entfernen.

**Serbisch-italienisches Abkommen gegen Ungarn.**

W. Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ berichtet der „Daily Herald“ über die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Jugoslawien und Italien als Zusatz zum Vertrage von Rapallo. Es handle sich um eine gemeinsame Aktion gegen Ungarn für den Fall, daß die Habsburger dort wieder auf den Thron kommen sollten, und um den wirtschaftlichen Druck, dem ein militärischer folgen würde. Man erklärt, daß auch ein gemeinsames Handeln beabsichtigt sei, falls Ungarn versuchen sollte, einen Teil seines verlorenen Gebietes wieder zurückzuerobieren.

**Fiume.**

Rom, 3. Jan. General Ferrari und die Vertreter der Stadt Fiume haben am 31. Dezember in Abbazia ein Abkommen unterzeichnet, worin erklärt wird, daß sich Fiume, um ein militärisches Vorgehen gegen die Stadt zu vermeiden, dem Vertrage von Rapallo unterwerfen werde. General Cavallia werde eine Amnestie erlassen. Die beiderseitigen Gefangen werden sobald wie möglich ausgetauscht werden, und die Schiffe verlassen den Hafen. Die Räumung der Festung wird am 5. Januar beginnen. Die Blockade wird sobald wie möglich aufgehoben.

Fiume, 3. Jan. Entsprechend dem getroffenen Abkommen wurden die beiderseitigen Gefangen ausgetauscht. Die Wehrmacht der Legionäre ist nach Rom in die Kasernen zurückgeführt.

**Räterepublik Baku.**

(Eigener Drahtbericht.)

W. London, 3. Jan. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, daß in Baku die Räterepublik ausgerufen worden sei.

**Neues Erdbeben in Argentinien.**

London, 2. Jan. „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Drahtmeldung aus Buenos Aires vom 30. Dezember, nach der in Argentinien neue Erdbeben stattgefunden hätten. Man zählte siebentausend Tote und Verwundete. Der Sachschaden sei bedeutend.

**Theater und Musik.**

**Badisches Landes theater.** Mitteilung der Intendanten: Leo Tolstois „Der lebende Leichnam“, dessen hiesige Aufführung ihre starke und nachhaltige Wirkung übt, gelangt am Mittwoch, den 5. Januar, zum sechsten Male zur Wiederholung und erweilt damit die erfreuliche Tatsache, daß Werke von so tiefer ethischer Grundrichtung, wie diese eragische Dichtung des großen russischen Wahrheitsfinders in steigendem Maße Verständnis finden und Widerhall wecken bei den nach Verlen verlangenden Teilen unseres Volkes. — Am Samstag, den 3. Januar, gehen Molleres „Schule der Frauen“ und daneben das unergängliche Kleinod deutschen Humors, Heinrich von Kleists „Der zerbrochene Krug“ mit Fritz Herz in der Rolle des Dorfrichters Adam neuinstudiert in Szene.

Die toten Frauen von Bübber. Der von Otto Singer bearbeitete Klavierauszug mit Text, sowie ein Auszug für Klavier allein mit beigelegtem Text, dieser von Johannes Doebber hergeleitet, sind im Verlag Ed. Voie und G. Bod in Berlin erschienen.

**Konzertsaal.** Zu der am Donnerstag, den 6. d. Mts. stattfindenden letzten Aufführung von Anjengrubers Wiener Weihnachtskomödie „Heimg'funden“ (G 8 für die Volksbühne) sind an der Theaterkassa für das allgemeine Publikum Eintrittskarten aller Gattungen vorhanden.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Gustav Freytags Nachlaß** ist für die Berliner Staatsbibliothek erworben worden. Es handelt sich um etwa 4000 Briefe an Freytag, um 1400 Briefe des Dichters selbst, ferner um etwa 200 Arbeiten aus einem Nachlaß, z. B. Jugendentwürfe, literarische Entwürfe und Skizzen, Aufsätze, dramatische Fragmente u. dgl. Der ganze, heute noch ungeordnete Bestand beläuft sich auf 5700—6000 Einzelstücke. An Interesse obenan stehen die Briefe des Herzogs Ernst von Coburg an Freytag, denen die Briefe des Dichters an den Herzog in Copie beigelegt sind, ferner der Briefwechsel mit Kaiser Friedrich, mit Heinrich von Treitschke, Heinrich von Seydel und vielen anderen bedeutenden Männern seiner Zeit.

**Kunstsallo.**

Kurz vor der Jahreswende ist unserer Stadt, vielmehr unserem Lande, auf dem Gebiet der Kunst eine Gabe neu geschenkt worden, die zum allerwertvollsten Besitz deutschen Seelenlebens gehört. Zwar hatten wir sie schon vorher, aber wir besaßen sie nicht so, daß man merkte, wir hätten sie im wahren Sinne erworben. Die Neuordnung unserer Kunstsallo durch Direktor Stord kommt in der Tat beinahe einer Neu-Erwerbung gleich. Ueber die Grundzüge, nach denen er vorgegangen ist, hat er sich selbst ausführlich und einbeutig im „Tagblatt“ Nr. 352 geäußert. Uns, den Beschenechten, bleibt nur festzustellen, daß der Erfolg die aufgewandte Mühe in vollem Umfang belohnt. Was wir vor uns sehen, ist ein vollkommen neu und ungewöhnlich, wie am ersten Tag. Wer die Bildergalerie früher häufig besuchte, weiß ja von unserm Reichum Bescheid. Aber er bedauerte auch immer, wie die edelsten Werke im Nebeneinander mit minder Bedeutendem an Glanz und Schönheit verloren. Hier wurde nun gründlich Wandel geschaffen. Demutnisse, die früher von entscheidender Seite durchgeführte Reformierungen im Wege gestanden hätten, waren verschwunden. Der neue Geist (der nicht feils, aber in diesem der bessere ist) erlaube, ohne Rücksicht auf das Hergebrachte und auf persönliche Bedenken, nur künstlerisch-sachlichen Forderungen Rechnung zu tragen und aus dem Vollen zu schöpfen. Es braucht nicht verdrängen zu werden, daß hier in diesem Fall, inwiefern ich sehe in diesem, abgesehen von der Akademie, bisher einzigen Fall, die Möglichkeiten der Demokratie auf geistig-künstlerischem Gebiet einen deutlichen Fortschritt erzielt haben. Gedanken, die der Kunst und Kultur in gärender Zeit zum Allgemeinut des Volkes, so leitenden Grundrissen für die geistige Verwaltung machen wollte, sind hier in praktischer Arbeit, aber getragen von demselben Geist, in die Wirklichkeit überführt worden. Es ist dies ein Erfolg demokratischer Kunstpflege, zu dem sich auch das Kultus-Ministerium laut bekennen darf. Denn ihm gebührt lebten Endes der Ruhm an diesem Erfolg, wenn anders nicht die Meinung entstehen soll, als handie es sich mehr um einen Zufalls-

gewinn als um die Auswirkung eines planvollen systematischen Strebens, das auf andern Gebieten (sagen wir z. B. dem des Theaters) bloß infolge äußerer Demutnisse keine ähnlichen Früchte zeitigen konnte. Weit weniger beteiligt ist das Finanzministerium, das in der Bereitstellung der Mittel für die Kunstsallo sich ziemlich zurückhaltend gezeigt hat. Dies hat zur Folge, daß sich die Direktion zur Erhebung eines Eintrittsgeldes gezwungen sieht, um die Ausgaben für Anfrucht, Instandsetzung, Veränderungen usw. aufzubringen. Ein Bedruf an Kunstfreunde, hier helfend einzuspringen, dürfte nicht unangebracht sein.

Das Vorgehen von Dr. Stord möchte ich der Vergleichlichkeit eines großartigen Kapellmeisters vergleichen, der jeder Einzelheit einer reichgegliederten Partitur Leben einbläst und zahlreich Instrumente zu einer imposanten orchestrale Einheit verknüpft, und das alles unter dem Gesichtspunkt eines geschlossenen Gesamtwerkwerks. So läßt er jedes Bild zu einrichtiger Geltung kommen und vereinigt Zusammengehöriges zu einer höheren Harmonie. Der Eindruck, den er mit den neueröffneten drei Sälen der altbayerischen Meißer und des Kabinetten der frühen Italiener erreicht, ist in der Tat von einer erhabenen Feierlichkeit, von einer tiefgehenden Erfüllung und seligen Enttäuschung, wie sie nur von ganz großer Kunst ausstrahlt.

Soll ich die einzelnen Ursachen zerlegen, die zum Gesamteindruck zusammenwirken? Die Wandfärbung, welche die malerischen Werke der Bilder sinnfällig macht; die Ausbalancierung der Gruppen an Größe, Stimmung und Farbakfordern; die Vereinigung historisch und zeitlich zusammengehöriger Tafeln; die Wiederholung der Flächen durch artverwandte Plakette; die Sinn- und Ueberleitung des Blicks auf besondere Hofbarkeiten und Prunkstücke; kurzum die ganze Anlage und ihre Durchbildung als geschlossene musikalische Einheit? All dies spricht für sich selber durch die Selbstverständlichkeit, mit der es redet, die nichts von den Mühen der Ueberlegung verrät.

Jedenfalls ist diese Vereinigung altdeutscher Meißer, darunter besonders die Gruppe vom Bodensee und Oberheim sich Klangvoll zusammenschließt, etwas in ihrer Art so Vollkommenes an Reine und Schönheit, daß es zu unserm aller-

edelsten Besitz gehört. Es umfaßt innerhalb des gleichmäßig frommen Rahmens seiner Kunstepoche eine weite Scala an Empfindung und Gemüt, vom innigsten Jähll bis zur erhabendsten Tragödie, die je ein Pinsel gemalt hat. Was es etwas Sämerzurückwühlteres und an malerischer Kraft Ausdrucksstärkeres als der Kruzifixus Meißer Grünwalds? Hier waltet ein Künstler, der das Grauen eines himmelführenden Opfers und seiner Dual nicht ins Glatte und Gefällige umbiegt, der dem Bestäuer nichts von der Tiefe der Höhenpein ersparen will, die sich nun einmal mit solchem Tod verbindet. Durch Vermöhung sind wir so abgemüht und durch ein falsches Ideal von äußerlicher Schönheit auf einen schönfärbenden Kunst-Roder setzgeleat, daß wir gar nicht mehr von solchem weiterführendem Grauen wußten, läme nicht einmal ein Mensch wie Grünwald, der uns ins Gemüt hämmert, was Golgatha heißt (Wal. meine Gedankengänge zum Thema „Kriegerrfriedhof“).

Wie hebt sich davon in leuchtender Reinheit die Welt jener frommen Maler ab, die ihre Gestalten auf goldenen Grund gestellt haben, so auch sie in eine Welt des Unwirklichen und vom Alltag Entfernten rüdend. Dann ein Meißer der Charakteristik wie Hans Baldung mit seinen vorreflexiven Bildnissen, die in einem kleinen Seiten-gemach zu einigängiger Wirkung gelangen. Wertvoll fügen sich zu den alten Schätzen die neuen Erwerbungen, welche Bildwerke, die besonders für das Sammelgebiet unserer Galerie von Belang sind, beigegeben haben, so das bewegte Tafelbild des sog. Hausbuchmeißers.

Zu den Altdeutschen führt ein Korridor mit den frühen Italienern, die auch in den kleinen Kabinetten ihre zarte und bestrickende Schönheit entfalteten. Mit der Eröffnung dieser Teile hat die Kunstsallo ihrem Namen alle Ehre gemacht. Aus einer Galerie ist sie in der Tat eine Halle der Kunst geworden. Man wird uns weißlich um diesen Besitz und seine einwandvolle Darbietung beneiden. — Inzwischen geht die Arbeit der Neuordnung weiter und wendet sich zunächst den Franzosen und Holländern zu, um zuletzt die badische Kunst des 19. Jahrhunderts in würdiger Form zu gliedern.

W. G. D.

Wie das amerikanische Volk in den Krieg gehetzt wurde.

Bei Ausbruch des Weltkrieges wurde den Bürgern der Vereinigten Staaten von der Regierung strittlose Neutralität anbefohlen. Doch schon am Tage der Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich...

Die unabhängige amerikanische Presse widersteht sich dieser Propaganda, darunter namentlich die in deutscher Sprache gedruckte. Deren Redakteure schrieben sich die Finger wund, die amerikanische Regierung zu bewegen...

Aus der Coups gelungen war und die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, konzentrierten sie ihre Blicke auf die Deutsch-Amerikaner. Täglich brachte die Presse sogenannte „Entwürfe“ über angeblich probendeutsche Wuchschancen und Verschönerungen...

Der Erzähler war ein gewisser John Rathom, Redakteur des „Providence Journal“. Die inoffiziellen Redaktionen wurden von ihm in die Welt gesetzt, gingen dann aus seiner Zeitung in die Associated Press und damit in die Spalten fast aller amerikanischen Tageszeitungen über...

Durch die Enttarnung dieses „Entwürfers“ ist dieser gerichtet — aber auch jene, die sich durch Stillschweigen zu seinem Mitschuldigen gemacht haben.

Deutsches Reich.

Vorbereitungen zur Regelung der Gehalts-Einstufung.

Am Reichsfinanzministerium haben heute vormittag im Rahmen der Beamten die Vorgesetzten mit den Vertretern der Arbeiter begonnen. Sinauogegen sind die Vertreter der vier großen Organisationen, um die Regelung der Gesamtarbeitsfrage mit dem erweiterten Arbeiterrat durchzuführen, der einberufen worden ist...

Gorki über Tolstoi.

Maxim Gorki hat vor kurzem in London ein kleines Buch erschienen lassen, das den Titel „Erinnerungen an Leo Nicolaiewitsch Tolstoi“ führt. Sein Inhalt lehnt sich an kurze Tagebuchaufzeichnungen an, die vor vielen Jahren, als Gorki mit Tolstoi zusammen in der Stein wüste, unter dem frischen Eindruck seiner Unterhaltungen mit dem Nachbar Tolstoi niedergeschrieben wurden...

Gorki nimmt durchaus keinen Anstand, auch die harten Urteile zurückzugeben, die Tolstoi über seine Bücher fällt. Er nahm vor allem an der Romantik und Romantizität von Gorkis Darstellungen Anstoß. Die Romantizität, erklärte er, sei nur das Ergebnis unserer Angst, der Wahrheit nicht genug zu sehen. Gorkis Bauern drücken sich nach seinem Geschmack überdies viel zu geistlich aus...

Besprechungen über die Notlage der Beamten und Arbeiterschaft des Reiches.

Aus Berlin wird uns gedruckt: Gestern fand im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere der Eisenbahner, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Aussprache über die bestehende Notlage und deren Abheilung statt...

Die Eisenbahner-Bewegung.

Aus Darmen wird uns gedruckt: Die in der letzten Woche vorgenommene Abstimmung der Eisenbahnbeamten und -angestellten über einen etwaigen Streik ergab eine Dreiviertelmehrheit für den Streik. Im Eisenbahnbetrieb Elberfeld ergab die von der Reichsregierung angeordnete Urabstimmung 1170 Stimmen (85,5 Proz.) für und 200 Stimmen (12,6 Proz.) gegen den Streik...

Badische Politik.

Die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft wird mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1921/22 in einem an den Badischen Landtag gerichteten Antrag der deutschnationalen Fraktion verlangt.

Vergebung von Kieselgärten und größeren Kieselgärten durch die Stadt Karlsruhe.

Von städtischer Seite teilt man uns mit: Auf dem ehemaligen Exerzierplatz, den die Stadt Karlsruhe von der Domäne auf die Dauer von 30 Jahren zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Bewirtschaftung gepachtet hat, werden 3. Zl. Anlagen eingerichtet, die eine Verinselung dieser Fläche mit dem Karlsruher Abwasser ermöglichen.

Der maagere Boden, wie ihn der Exerzierplatz aufweist, der aber nicht schlechter ist als die Felder gegen Knielingen und Neurent hin früher waren, wird durch die Aufstellung der hochwertigen Düngstoffe, die besonders in der Gestalt von Kalksalz, als Stickstoff, Phosphorsäure und Kalzium im Abwasser befinden, humusreicher und fruchtbarer gemacht.

In Karlsruhe, wo rund 60 000 Menschen bis jetzt Schwemmanalauflauf haben, ergibt sich im Karlsruher Abwasser ein Düngeelement von rund 620 000 K. Rechnet man diesen Vorkriegswert in die heutigen Preise um, und berücksichtigt man noch die Tatsache, daß diese Stoffe in Gestalt von künstlichem Dünger heute fast überhaupt nicht zu erhalten sind, so versteht man die Eile, mit der die Stadtverwaltung an die Ausnutzung einer ersten Versuchsanlage auf dem ehemaligen Exerzierplatz trotz der gegenwärtigen hohen Kosten geschritten ist...

Bei der geplanten Anlage auf dem Exerzierplatz ist das Ziel nicht die Klärung der Abwasser, sondern deren Nutzung zur Bewässerung und Düngung. Der Unterschied für das Wachstum und die Beschaffenheit der Pflanzen besteht hauptsächlich darin, daß bei den Kieselgärten oft eine schädliche Ueberfütterung durch die Abwässer zu verzeichnen ist, im vorliegenden Fall aber die Wässer den Pflanzen nach dem tatsächlichen Bedarf zugeführt werden...

für die Kieselgärten oft eine schädliche Ueberfütterung durch die Abwässer zu verzeichnen ist, im vorliegenden Fall aber die Wässer den Pflanzen nach dem tatsächlichen Bedarf zugeführt werden. Die Anlage besteht u. a. aus einem Pumpwerk westlich des Exerzierplatzes am Neugraben, durch das die Abwässer etwa 10 Meter hoch gehoben werden; einem Zubringer nach der Westseite des Exerzierplatzes und von da quer über den ganzen Platz hinweg; schließlich aus einem System von Bewässerungsgräben, die vom Zubringergraben nach Norden und Süden abzweigen und sich auf den ganzen Platz verteilen...

Die sehr eingehenden gutachtlichen Äußerungen des kulturtechnischen Sachverständigen, Ministerialrat Mangold in Darmstadt, und des landwirtschaftlichen Sachverständigen, Herrn von Wangenheim, rufen dringend zur Ausführung der geplanten Anlage. Sie stellen fest, daß die Bodenbeschaffenheit (Sand) auf dem Exerzierplatz, die Lage des Grundwassers (mindestens 7 Meter unter der Erdoberfläche) für die beabsichtigten Maßnahmen der Düngung und Bewässerung günstig liegen, daß ferner die Geländeformung zwar nicht der idealen Gestaltung der von den Gutachtern geschaffenen bzw. betriebenen Anlage in Weiterstadt und Griesheim bei Darmstadt gleichkommt, daß sie aber immerhin noch als günstig bezeichnet werden kann...

Die Bewirtschaftung des Geländes soll nicht im Eigenbetrieb der Stadt erfolgen, diese soll vielmehr die Privatinitiative überlassen werden. Bei dem großen Hunger nach Kieselgärten, der in dieser knappen Zeit in fliegender Stadt herrscht, wird es wohl allseits begrüßt werden, wenn in nächster Zeit die Vermerklungen für Kieselgärten und größere Kieselgärten aufgelegt werden. Alle Grundstücke werden einerseits an einen Zufahrtsweg, andererseits an einen Wassergraben führen, aus dem das Kieselwasser in kleinen Gräben und Furchen in das Grundstück und die Beete zwischen die Pflanzen von dem Bewirtschaftler geleitet werden kann.

Die einzelnen Kieselgärten werden je etwa 500 Quadratmeter groß sein; wenn möglich sollen an einzelne Bewerber auch mehr Parzellen abgegeben werden. Im Nebenberufe nach der Berufsarbeit kann also hier vielen Familien Gelegenheit geboten werden in Stadtnähe nicht nur den eigenen Gemüsebedarf, sondern auch Kartoffel und anderes zu pflanzen. Im nördlichen Teil des Platzes sollen größere zusammenhängende Flächen von 10 Ar bis einige Hektar groß an Landwirte und Gärtner zu größeren Gemüseplantagen u. m. abgegeben werden. Die Pachtbedingungen können dem Entgegenkommen der Domäne im Pachtvertrag

mit der Stadt auch den Kleingärtnern gegenüber vorteilhaft sein. Das Pachtverhältnis dauert seitens der Stadtverwaltung unklar bis 11. November 1935. Dem Pächter steht während der Dauer des Pachtverhältnisses das Recht der Kündigung mit einjähriger Frist zu. Der Pachtzins beträgt 14 M pro Ar und Jahr für die ersten 2 Jahre. Darin sind nicht nur die Geländepacht, sondern auch alle Unkosten, die das Pumpen des Abwassers aus dem Kanal in das Grabensystem und die Zuleitung und Verteilung bis zu den privaten Verteilergräben erfordert, mitenthalten. Also Düngung und Wässerung des Grundstücks ist im Pachtzins mit inbegriffen. Für die folgenden je 2 Jahre wird er nach den gemachten Erfahrungen mit den Betriebs- und Unterhaltungsausgaben durch die vom Stadtrat einzusetzende Kieselgärten-Kommission bestimmt werden. In diese Kommission sollen neben Mitgliedern des Stadtrats und den sachverständigen Beamten der zuständigen technischen Ämter auch Mitglieder der von den Pächtern zu gründenden Pächterorganisation Sitz und Stimme erhalten. Diese Kommission soll noch weitgehende Rechte und Befugnisse in der Verwaltung des Kieselgärtens bekommen, so daß der Betrieb des Ganzen in enger Fühlungnahme zwischen Pächtern und Stadtverwaltung Erprobungsfeld für beide Teile erbringen wird.

Das Kieselwasser steht dem Pächter gemäß einer anzuordnenden Wasserordnung zu. Letztere wird zunächst vorläufig aufgestellt und wird erst nach 2 Jahren ebenfalls durch die Kommission, nachdem die nötigen Erfahrungen gesammelt sind, endgültig festgelegt werden.

Die weiteren Pachtbedingungen werden nächsten Interessenten zur Verfügung gestellt werden, wenn die Einzeichnungslisten für die Bewerber aufgelegt werden.

Es ist zu hoffen, daß dieses großzügige Versuchsunternehmen der Stadt bei der Bevölkerung begeisterte Aufnahme finden wird. Durch intensive Orientierung — erbracht durch reichliche billige Düngung und jederzeit mögliche Bewässerung — werden dann schon viele Klein- und Großgärten imstande sein, einen großen Teil der Nahrungsmittel sich selbst zu beschaffen und den Markt noch zu beliefern. Werden dann noch mehr derartige Kieselgärten in der Umgegend der Stadt angelegt, dann darf man mit Recht hoffen, daß die Ernährung der Stadt Karlsruhe für alle Zeiten zu einem sehr großen Teil sicher gestellt ist.

Letzte Nachrichten.

Oberschlesien.

Breslau, 3. Jan. Wie die „Bresl. Bzg.“ mitteilt, hat die interalliierte Kommission in Duppeln das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt. Danach kann die Abstimmung nicht vor Mitte März stattfinden. Das Blatt betont, man sehe aus dem Reglement, daß es den aus den verschiedenen Bevölkerungsklassen bekannten Wünschen Korfanst zu über alle Massen entgegenkomme.

Aus der Pfalz.

Landau, 3. Jan. Der Stadtrat lehnte das Ansuchen der französischen Militärbehörde ab, die eine Erweiterung des Soldatenheimes mit einem Kostenaufwand von 30 000 Mk. verlangt hat. Die Stadt ist nach § 8 des Rheinlandsabkommens nicht verpflichtet, für die Einrichtung von Soldatenheimen aufzukommen.

Der Gruker-Prozess.

(Eigener Straßbericht.)

Berlin, 3. Jan. Zu den in der Strafsache gegen die Bankfirma Philippsohn, Gruker & Co. bereits vernommenen Zeugen gehören u. a. die frühere Kronprinzessin, Prinz Oskar, mehrere weitere Mitglieder des früheren königlichen Hauses. Die Verhandlungen werden von Oberstaatsanwalt Krause und vom ersten Staatsanwalt Clausen geführt.

leihen, bedeuteten für Gorki eine unbewußte Begünstigung der schlechtesten Eigenschaften des russischen Volkes: des Fanatismus. Hier sieht Gorki durchaus richtig und gibt, ohne zu wollen, die Lösung des Rätsels, weshalb sich Russland solange die bolschewistische Tyrannenherrschaft gefallen läßt. „Der Russe ist ein Faulpelz“, erklärt er, „der vor allen Dingen nach einer Entschuldigung für seine Indolenz sucht. Es gibt nicht wenig Leute, die der Ueberzeugung leben, daß uns Russen die Erleuchtung vom Westen und nicht vom Osten kommen muß. Dieser Riese aber sperrte vielleicht unbewußt, wie ein großer Fels, den Pfad, der uns nach Europa und zu der europäischen Arbeitsstunde führt, die von dem Menschen die höchsten Anspannung aller seiner persönlichen Kräfte fordert. So ist auch Tolstois Haltung gegenüber der Wissenschaft durchaus von seiner Nationalität bedingt. In ihm spiegelt sich anschaulich der alte Zweifel, der bei dem russischen Bauern aus seiner Unbildung entspringt. In Tolstoi ist eben alles rein national gefärbt. Seine Lehre war eine Reaktion gegen die Vergangenheit, ein Nihilismus, den wir bereits abzuschütteln und zu überwinden begonnen haben.“ Wer will hier Gorki Unrecht geben? Er tarmte seinen alten Magier von Grund auf, aber auch dieser erkannte Gorki. Als dieser sich eines Tages zum tausendmaligen gegen den Vorwurf, ein Romantiker zu sein, wehrte, sagte ihm Tolstoi: „Du bist kein einwandfreier Sozialist, Du bist nun einmal ein Romantiker, und diese müssen Monarchisten sein, sind es auch immer gewesen.“

Die „mythische Welle“.

In einem „Glauben“ betitelten sehr bedeutenden Aufsatz der oberdeutschen Monatschrift „Der Schwäbische Bund“ kommt der berühmte Tübinger Theologe Theodor Haering d. A. auf die weiteste Volkstiefe heute durchziehende „mythische Sehnsucht“. Er schreibt: Der Zusammenbruch unserer im wesentlichen intellektuell begründeten und gerichteten Kultur hat den Sinn gewendet für die Tiefen des Gefühls- und Willenslebens. Das Wort „irrational“, lange Zeit ein Scheltwort, wird zum Lieblings- und fast Zauberwort. Diese Stimmung ist in weiten Kreisen der lange verarbeiteten Religion zugute gekommen. „Das Transzendente“, verlagert über an den äußersten Horizont menschlichen Denkens zurückgedrängt, erscheint nahe und greifbar. Das „Weh dem, der keine Heimat hat“ (Nietzsche) ist für unzählige in raschem Wechsel mit dem Bekannten geworden: „Gott ist das, ohne was man nicht leben kann“ (Tolstoi). In die ältere Generation hat oft wenig Verständnis dafür, wie sehr die nachdrängende Jugend im unmittelbaren Empfinden des suchthabenden Zusammen-

bruchs bereit ist, in die Abgründe des „Geheimnisses“ allzu schnell sich zu versenken. Aber es ist, wie schon manchmal bei einer Weltwenden, „als wenn die Berge sich aufstürzen; zwischen den Zauberschlangen, Goldschlangen und Kristalladern des menschlichen Gemüts, die ans Licht steigen, fahren alle höchsten Tatzelwürmer und das Heer der Ratten und Mäuse hervor“. Was alles wird jetzt als Religiosität und Religion, als „unerhörte Erfüllung aller Lebenssehnsüchte“ angeboten und angenommen! Doch auch, wo man Glaube und Überzeugung zu unterdrücken weiß, droht der augenblicklichen Wendung zum „Glauben“ eine ernste Gefahr, und nicht alles, was die „vielerprohene“, „religiöse Welle“ der Gegenwart nach oben trägt, ist probatig. Religion, Glauben, so heißt es in allerlei Wendungen, wie sie der moderne Mensch braucht und allein gelten lassen könne, sei das Einwerden mit dem Meinen in den Tiefen der Menschenseele, zeitlos, geschichtslos. Man muß sich hüten, darüber voreilig den Stab zu brechen; viel edleres Gottverlangen kann darin sich aussprechen. Auch ist es nicht ratsam, Schlagworte wie „mythische Frömmigkeit“ ohne Erläuterung zu brauchen. Wenn „mythisch“ nur heißen soll „unmittelbar“, so ist jede wahre Frömmigkeit mythisch. Aber das ist die Frage, ob darin ein Gegenstand liegt zu den in der Geschichte erkennbaren Offenbarungen Gottes und den großen Gemeinschaften, die daraus erwachsen. Dann wird jenes unmittelbare Gott erleben in sich selbst hilflos und bleibt für andere unwirksam, denn es ist in sich unbefähigt in seinem Gehalt und unsicher in seinem Grund. Das mag ein nabegelegenes Beispiel erläutern. Im Weltkrieg war es unsre Verhängnis, daß uns die politische Führung fehlte, die Glauben an sich selbst hatte, das heißt aber in weite, schicksalhafte Augenblicke, Glauben an ihre Bestimmung und Berufung, ein notwendiges Ziel erreichen zu sollen. Goethe sagt einmal: „Ich möchte nicht Führer sein ohne Glauben.“ Solchen Glauben, der zuletzt immer Glauben an den Gott der Geschichte ist, hatte Bismarck. Was von den Großen gilt, gilt vollends für die Kleinen. So weiß Glauben ein allerpersönliches Erleben ist, gewiß fehlt ihm der deutliche Inhalt und der feste Grund wenn dieses Erleben nicht als ein in Gott begründete von dem Glaubenden erfahren werden kann, das heißt aber notwendig als ein Ergreifen des ihn ergreifenden Gottes. Denn das an Gott, worüber der religiöse Mensch am sehnlichsten Gewißheit erlirbt, wenn ihm er einmal der Wert des Guten aufgegangen ist, Gotte Heiligkeit und Liebe, kann keine Herrlichkeit der Natur offenbaren; das vermag nur persönliches Leben in menschlicher Geschichte, nach dem heftigen Wachen „Nur Persönliches kann Persönliches hellen.“

